

Telephon: 43'177  
Postcheck: VIII 15011

Zürich, den 5. Dezember 1935.  
Stampfenbachstrasse 114.

Zur Beachtung: Die mit \*\*\* bezeichneten Meldungen gingen bereits an  
die Redaktionen der politischen Blätter.

### Bernische Kirchensynode.

E.P.D. Die diesjährige bernische Kirchensynode tagte am 3. Dezember im Grossratssaal in Bern, nachdem der Vortag am Nachmittag einen Vortrag des z.Zt. in der Schweiz weilenden Bischofs D. Ladislau Ravasz aus Budapest über "Erbe und Aussichten der ungarischen reformierten Kirche" und am Abend den üblichen Synodalgottesdienst im Münster gebracht hat. Der Synodalgottesdienst war mit der Konsekration von 3 Predigtkandidaten verbunden. Die gedankentiefe Synodalpredigt hielt Pfr. Ernst Hubacher von der Friedenskirche über Hebräer 4.12. Unter den Verhandlungsgegenständen der Synode nahm die Entgegennahme des synodaltätlichen Geschäftsberichtes ziemlich viel Zeit in Anspruch, da der Bericht den Abgeordneten Gelegenheit bot, mancherlei Wünsche vorzubringen und Fragen zu stellen. Zu längern Aussprachen führten dabei namentlich die Fragen über die Einreisebewilligung an Ausländer, die in die Schweiz kommen, um hier Vorträge und Kurse abzuhalten und die Frage der Radiopredigten und der Radiozensur, die als für die Kirche untragbar bezeichnet wurde. Die Rechnung der kirchlichen Zentralkasse pro 1934 und der Voranschlag pro 1936 wurden einhellig genehmigt. Der Antrag des Synodalrates betreffend Einführung des neugewählten Kirchgemeinderates in sein Amt beschäftigte die Synode zum zweiten Mal, indem das Geschäft das letzte Jahr an den Synodalrat zurückgewiesen worden war mit dem Wunsch, an der vorgelegten Liturgie noch einige Aenderungen vorzunehmen. Der im Namen des Synodalrates von Prof. Schädelin vorgelegte neue Entwurf gab nochmals zu einigen Aussetzungen Anlass, wurde aber nach gewalteter Diskussion mit 147 gegen 19 Stimmen angenommen. Ferner wurde dem Antrag des Synodalrates betreffend Einführung des neuen Psautier romand in den Kirchgemeinden französischer Zunge nach warmer Empfehlung durch verschiedene Vertreter des französischen Kantonsteils einhellig zugestimmt. Ebenso einstimmige Zustimmung fand der Antrag des Synodalrates auf neuerliche Erhebung einer Weihnatskollekte für die Arbeitslosen. Zum Schluss hörte die Synode noch die Begründung von zwei von der unabhängigen Fraktion eingebrachten Motionen, die beide vom Synodalrat entgegengenommen und erheblich erklärt wurden. Die eine Motion verlangt, dass der Synodalrat die Frage prüfe, wie in unserm Volk und vor allem in seiner Jugend das Verständnis für die Wichtigkeit des Sonntags als Feiertag gefördert werden könne, während die andere die Aufstellung von Richtlinien für kirchliche Bauten, Umbauten und Renovationen, sowie die Einführung einer fachmännischen Bauberatung für kirchliche Bauaufgaben als wünschenswert erklärt.

### Vom Diasporaverband zur Landeskirche.

E.P.D. Für die Festschrift zur Einweihung der Lukaskirche und des Gemeindehauses in Luzern hat Rektor Dr. Hans Boller einen wertvollen Beitrag geliefert "Vom Diasporaverband zur Landeskirche". Er schreibt darin über das gegenwärtige Verhältnis der protestantischen Diasporagemeinden der Zentralschweiz und des Kantons Tessin zu den protestantisch-kirchlichen Hilfsvereinen und zu den Landeskirchen und wie weit ein Zusammenschluss innerhalb des Verbandes gediehen ist: Seit 1842 haben die Hilfsvereine von Basel, Bern, Zürich und Thurgau die Gemeinden der Urkantone und des Tessin unter ihre besondere Fürsorge genommen. Sie sind es, die zu einem grossen Teil mit einem jährlich in die Hunderttausende gehenden Gesamtaufwand für die Besoldung ihrer Pfarrer und die Bestreitung ihrer Kultuskosten aufkommen und ihnen, zusammen mit den Schwestervereinigungen in den übrigen Kantonen, aus gemeinsamen Kollekten allein im Bereiche des Verbandes im Laufe

eines halben Jahrhunderts fünfundzwanzig Kirchen und fast ebensoviele Pfarrhäuser erbaut haben. Dass zwischen ihnen und den von ihnen betreuten Gemeinden aus solcher Leistung ein ähnliches Verhältnis der Beratung, Belehrung, Mitsprache und Führung entstehen musste wie vorher zwischen der Ständekonferenz und Luzern, wie zwischen einer Synode und den Gemeinden, ist selbstverständlich und liegt, wie die Erfahrung trotz aller theoretisch möglichen Einwände immer wieder lehrt, im ur-eigensten Interesse der Gemeinden und der gesamt-kirchlichen Arbeit.

Durch Vermittlung der Hilfsvereine sind aber indirekt auch die Landeskirchen am Schicksal der Diaspora beteiligt. Aus landeskirchlichen Sammlungen stammt der Grossteil der für sie aufgebrachtten Mittel. Männer der Kirche wirken führend mit in der Leitung der Hilfsvereine. Die meisten der von ihnen den Gemeinden zur Wahl empfohlenen Pfarrer sind durch Studiengang und Ordination aus einer Landeskirche hervorgegangen. Die im Gottesdienst und im Jugendunterricht benutzten Liturgien, Gesangbücher und Lehrmittel sind ebenfalls vorwiegend landeskirchlichen Ursprungs.

So lässt sich denn auch auf dem Boden der kirchlich nicht durchorganisierten Diaspora fast für jede landeskirchliche oder synodale Funktion, trotzdem im Verband Kirchenrat und Synode fehlen, irgend ein Träger nachweisen, der sie in der Mehrzahl der Fälle auch im selben landeskirchlichen Geiste verwalten wird. Und da beide, Landeskirche und Diasporavereinigung, in gleicher Weise der Grundaufgabe jeder Kirche, der Verkündigung und Ausbreitung des Evangeliums, dienen, unterscheiden sie sich voneinander nur im Nebensächlich-Organisatorischen. In der Landeskirche wird die Gesamtheit der kirchlichen Funktion von nur zwei Organgruppen (Gemeinden einerseits, Synode und Kirchenrat andererseits), im Diasporagebiet von deren vier getragen: Gemeinden, Diasporaverband, Hilfsvereine, übrige Landeskirchen. In der Landeskirche sind die Beziehungen und Kompetenzen dieser Gruppe verfassungsmässig zu einem in sich geschlossenen System geordnet, in der Diaspora in ihrer Gestaltung dem freien Spiel der Kräfte und der Macht der natürlichen Entwicklung anheimgegeben.

Im Weiteren verbreitet sich der Verfasser über den Weg, der zur Erreichung eines strafferen verfassungsmässigen Gemeindezusammenschlusses in der Diaspora nach landeskirchlichem Vorbild einzuschlagen wäre, hebt aber nachdrücklich hervor: Das einigende Band kirchlicher Gemeinschaft ist der Glaube, nicht die Organisation. Es wäre verwerflich, Organe ins Leben zu rufen, deren Kompetenzen von Anfang an umstritten oder unklar wären. Nicht nach irgendwelchen noch so vollkommenen fremden Vorbildern dürfte vorgegangen werden, sondern jedes einzelne Bedürfnis, jedes einzelne Postulat müsste in gemeinsamer gründlicher Aussprache und Beratung auf seine Berechtigung und, so sie sich bestätigt, auf die beste Lösung geprüft werden. Zu vermeiden ist ein kostspieliger Apparat; ganz unangebracht wäre eine Zentralisation der Verwaltung und ihrer Einkünfte, die Gemeinden besorgen das selber viel sparsamer. Auch in einem neuen Gewand soll die evangelische Kirche der Zentralschweiz jedermann offen stehen, sodass in ihr die verschiedenen Ausprägungen evangelischen Bekenntnisses und evangelischer Frömmigkeit in sich ergänzender Gemeinschaft Platz finden und in ihren Hallen nicht nur der seines Glaubens Gewisse und Sichere, sondern auch der noch Suchende und um Gott Ringende nach wie vor Asyl und Trost findet.

Ein Sonderdruck dieses Artikels der Festschrift ist bei der Buchdruckerei Keller und Co., Luzern, erhältlich.

Bericht über Bildung staatlicher Provinzialausschüsse.

E.P.D. Nachdem festgestellt war, welche Brüder der Bekennenden Kirche zur Bildung der Provinzialkirchenausschüsse von Minister Kerrl nach Berlin geladen und dort eingetroffen waren, wurden diese, zu denen sich später aus Schlesien noch Konsistorialrat Büchsel und Bruder Loheyde fanden, zur einer Vorbesprechung zusammengerufen. Es wurden dabei in erfreulicher Einmütigkeit die Voraussetzungen festgelegt, unter denen allein die Annahme eines Amtes in den geplanten Ausschüssen werde erfolgen können. Bruder Dr. Böhm, Berlin, übernahm es, diese Voraussetzungen in Form von 3 bzw. 4 Fragen von dem Minister im Anschluss an dessen Rede im Sitzungssaal des E.O.K.-Gebäudes vorzutragen.

Die Sitzung war auf 14 Uhr angesetzt. Doch wurde bei Betreten des E.O.K.-Gebäudes den Eingeladenen mitgeteilt, dass der Minister am Erscheinen noch verhindert sei und daher schon jetzt die einzelnen "Konklaven"-beratungen beginnen sollten. Die 14 Mitglieder der Bekennenden Kirche weigerten sich, in diese Beratungen einzutreten, sie blieben vielmehr in einem besonderen Raum zu eigener Besprechung beieinander und nahmen dort von Herrn Ruppel die Mitteilung entgegen, dass die Vollsitzung auf 16 Uhr verschoben sei.

In der Zwischenzeit konnten sich die Brüder mit einigen Vertretern des Preussischen Bruderrates ins Benehmen setzen. Die Sitzung im E.O.K. begann dann mit weiteren 30 Minuten Verspätung, da - wie es hiess - der Minister noch bei dem Führer sei. Minister Kerrl erschien mit den Herren Ministerialrat Stahn und von Detten und den Mitgliedern des Landeskirchenausschusses mit Generalsuperintendent D.Eger an der Spitze. Die Stimmung bei diesen Herren schien von Anfang an eine nervös-gedrückte. Der Minister führte einleitend folgendes aus: Minister Kerrl: Zunächst bitte ich um Entschuldigung, dass ich nicht um zwei Uhr zur Verfügung stand, weil mich der Führer eingeladen hatte. Ich danke Ihnen, dass Sie meinem Rufe gefolgt sind. Ich habe die Absicht, heute die Provinzialausschüsse für Preussen zu bilden. Sie alle kennen meine Absicht durch die Massnahmen, die ich schon getroffen habe. Als ich meinen Auftrag übernahm, hatten beide Gruppen in der Kirche die Notwendigkeit gefühlt, den Staat zu bitten, Ordnung zu schaffen. Es muss etwas Neues werden. Diejenigen, die untereinander im Kampf liegen, sind an sich nicht die Vertreter des Neuen, das werden will. Dann wäre nämlich der Kampf schon erledigt.

Die Lage in der Kirche, wie sie geworden ist, war eine Notwendigkeit. Eine solche Revolution, wie sie mit gewaltigem Brausen über Deutschland hinweggegangen ist, muss rückwirken auf alle Institutionen des gemeinschaftlichen Lebens. Auch im Staatsleben hat es sich gezeigt, dass mit dem Tode Bismarcks, wie man vorausgesehen hatte, der Mann fehlte, der alle Kräfte in Deutschland zusammenfassen konnte.

Nach seiner Entlassung war keine solche Persönlichkeit da. So musste es kommen, dass ein Angriff aller erfolgte auf das Volk, das von allen gefürchtet und geachtet war in der Welt. Es ist letzthin beispielhaft, was in diesem Volke geschieht. Das Volk war von einem Geist besetzt und setzte sich gegen alle Völker durch. Tausend und tausend Siege wurden erkämpft, und dann kam auch der notwendige Zusammenbruch, weil der Kampf nicht von allen, besonders in der Heimat, richtig erkannt wurde. Die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte war nicht mehr vorhanden. So kam die Stunde vom 9. November 1918. Damals gehörte auch ich zu den Verzweifelten und Verzweifelnden an dieser Weltgerechtigkeit, wenn das friedfertigste und tüchtigste Volk der Welt um die Frucht des Sieges so betrogen wurde. Aber aus dieser Verzweiflung bin ich bald erwacht und erkannte: "Des Herrn Wege sind unerforschlich, aber er führt es herrlich hinaus". Aber nur dann, wenn es die Menschen richtig verstehen.

Ein einziger hat unter uns allein verstanden, die Konsequenzen zu ziehen, ein ungenannter Gefreiter des Weltkrieges. Nur er hat es mit Vernunft erfasst, was wir alle instinktiv erfüllten. Er hat uns von neuem geboren werden lassen, weil er, was wir erfüllten, mit der Vernunft erfasste. Er wusste, dass ein neues Reich entstehen

könnte, wenn alle Kräfte zusammengefasst würden. Er gab uns ein Programm, das Gott selbst in unser Blut geschrieben hat und das in uns tönt, aber von uns nicht verstanden wurde. Durch ihn wurde es nun aber auch für uns verständlich, dass es nämlich unsere Aufgabe ist, sich ganz einzusetzen für die natürliche Gemeinschaft in unserem Volk. Das ist die neue Botschaft, die wir mit dem Herzen hören und mit dem Verstand begreifen müssen. Das ist die neue Botschaft, durch die die Nationalisten aus Pharisäern zu Zöllnern und Sündern und zu Nationalsozialisten werden. Das wurde dann zu einem Glaubensbekenntnis, das nicht der Form nach in Worten besteht, sondern den Menschen zu einem vollkommenen neuen Menschen macht. Für uns ist alles versunken, was dieser Welt angehört, und in uns ist die Welt des Glaubens lebendig geworden. Wir haben erkannt, dass der Mensch in der Welt nur dann richtig wandelt und geht, wenn er die Verbundenheit mit Gott erfasst. Der Glaube verkündet nicht durch Lehre, sondern durch Leben, nicht durch Worte, sondern durch Taten. Die 300 S.A. konnten sterben, mit dem Namen Hitlers auf den Lippen: "Sie sollen leben, und ob sie gleich sterben". So gelang es, das Volk neu zu wandeln, wenn auch viele noch auf dem alten Gewordenen stehen.

Die Eroberungsschlacht um die Seele der deutschen Nation hat begonnen. Die Wandlung ist eine Wandlung des Volkes von innen heraus. Es muss neu geboren werden aus dem Geist, den Gott uns in das Blut gelegt hat. Sie fühlen anders, diese Menschen, als die ungläubigen Thomasse. So musste mit Notwendigkeit aus diesem Umbruch der Nation auch die Kirche sich wandeln und neu werden. Nicht Sie, meine Herren, haben es verstanden, das Volk neu zu wandeln und den Menschen diesen Glauben zu vermitteln. Der Bolschewismus wäre über uns hereingebrochen, wenn nicht der eine Mann uns zusammengeführt hätte. Fühlen sie sich hinein in die neue Welt, es ist eine Sache des Herzens! Sehen sie den positiven Kern in dem Wollen der Deutschen Christen, die von der Theologie nichts verstanden haben. Diese Aufgabe ist nicht eine Aufgabe der Theologie, sondern eine Aufgabe des Herzens. Die Deutschen Christen wollen nicht eine Wandlung des Bekenntnisses, sie wollen neue Menschen, die das Evangelium verkünden, das die alte Botschaft, die uns vor 2000 Jahren gegeben ist, in neuer Art verkündet würde, damit es in Kirche und Volk zu einem vollkommenen Gleichklang käme.

Der Führer sagte, als er die Regierung übernahm: "Wenn doch die Deutsche Evangelische Kirche die Stunde erkannte und ergriffe, die jetzt kommt! So werden die Zeiten der Reformation davor erblassen!"

Nun sagte man mir, dass die Evangelische Kirche die Stunde nicht erkannt habe und bösen Willens sei. Aber ich habe es auf mich genommen, diesen Willen zu wandeln, weil ich überzeugt war, dass die Stunde noch nicht gekommen war und erst kommen wird. Jesu Wort ist immer wahr: Musste es nicht so kommen, wie es kam? Musste nicht der Streit kommen und musste es nicht kommen, dass man gegenseitig sagte: "Ihr seid schuldig!" Wir hätten sonst die Zöllner nicht gefunden. Wenn aus Nationalisten und Sozialisten Nationalsozialisten werden, dann werden auch aus Bekenntnisfront und Deutschen Christen neue Menschen entstehen, die wahrhafte Verkünder sind.

Vielleicht habe ich nicht gewusst, wie schwer die Aufgabe war. Sieben Tage der Woche gehe ich zu Bett und verzweifle, dass es nicht möglich ist, das Ziel zu erreichen. Sieben Tage der Woche sage ich beim Aufstehen, dass auch das Unmögliche durch die unbändige Kraft des Glaubens möglich ist.

Der Staat denkt nicht daran, Zwang auf Ihre Gewissen auszuüben. Den Leuten, die aus innerer Ueberzeugung Nationalsozialisten wurden, kann nichts liegen an einer aus Zwang entstehenden Kirche, sondern nur an einer Kirche, die aus Ueberzeugung und Freiwilligkeit entsteht. Aber wir wissen auch, dass dieser Glaube wirksam wird. Wir sehen dort die gewandelten Menschen, die von innen heraus getrieben werden nach der Art ihres Glaubens.

Ich habe gesagt, ich will mich der Aufgabe unterziehen, ich will mich nicht um die inneren Dinge der Kirche kümmern, aber ich muss Menschen finden, die den inneren Auftrag haben, den neuen Aufbau der Kirche zu schaffen. Ich kann sie nicht finden, sondern Gott

muss sie finden. Ich habe dreizehn Männer eines Tages zusammengesetzt und ihnen gesagt: "Wenn unter Euch der heilige Geist ausbricht und Ihr glaubt, dass Ihr den neuen Aufbau der Kirche schaffen könnt, dann kann ich das Werk des Staates tun und Euch als Ausschuss einsetzen". Es war der schönste Tag meines Lebens, als sie mir eines Morgens mitteilten, sie hätten sich gefunden. Nun hatte die Deutsche Evangelische Kirche eine Leitung.

Ich sage aber, dass ich weiss, was ich will. Es war klar, dass nun von der anderen Seite die Meinung auftauchte, wir sind die Leitung. Wenn die Bekennende Kirche nur von dem einen Willen getragen wäre, den neuen Aufbau zu schaffen, dann wäre sie mit fliegenden Fahnen zu mir übergegangen, wo doch ein Zöllner an der Spitze des Ausschusses steht. (Bravo bei den DC). Sie haben sich hineingemischt in dieses mein Werk, wo sie nur konnten. Ich habe Geduld mit ihnen bis zum letzten Augenblick. Aeusserlich habe ich den Eindruck erwecken müssen, als ob ich die DC erschlagen wollte, aber ich habe mich nicht darum gekümmert, was die Leute sagten. Ich habe die Hoffnung gehabt, das Werk zustande zu bringen. Ich lasse mein Werk nicht an der Boswilligkeit anderer Leute scheitern.

Ich sage der Bekennenden Kirche, ich löse Eure Bruder-räte nicht auf, wenn sie sich jeder Massnahmen enthalten. Ich muss aber jetzt den Zuständen in Preussen ein Ende machen. Seit zwei Jahren haben wir Stille bewahrt. Nun bin ich gezwungen, anders vorzugehen. Ich sehe mich gezwungen, andere Schritte zu ergreifen. Man hat sich durch die Bruderräte eingemischt und sogar Kanzelabkündigungen herausgegeben. Gott ist ein Gott der Ordnung. Ich bin willens, die Ordnung zu sichern, nicht wegen der Staatsautorität. Ich habe nicht Sorge um sie, wenn ein Pfarrer dumme Redensarten führt. Man braucht dann nicht ein "Konzertlager", sondern man kann ihn vor ein ordentliches Gericht stellen. Doch müssen wir so schnell wie möglich Ordnung schaffen - aus innerstem Herzen heraus. Wir müssen sorgen, dass die Bewegung des Herzens ausbricht, dass die Botschaft, die uns gegeben ist, endlich wieder ausbricht - nicht durch Bekenntnis und Papier, sondern durch Erkenntnis. Ich habe gesehen, dass doch der Liberalismus und Marxismus einen Hort finden in der Kirche. Ich habe sehr wenig Theologen, sagte mir Zöllner, gefunden, die sich gebunden fühlen. Jeder von ihnen glaubt, für sich als Unteroffizier seine Schar zu sammeln. Diese Gebundenheit kann nicht durch Bekenntnis, sondern nur durch eine richtige Erkenntnis kommen. Der Nationalsozialist sieht das freie Recht der Persönlichkeit nur darin, dass er sich durch Gott an sein Volk gebunden weiss. Wenn man andererseits immer Gott vorschiebt, zeigt man nur, dass man seinem wirklichen Willen nicht folgen will. Wir sind alle Glieder des deutschen Volkes, ihm zu dienen ist unsere Pflicht, das sagt uns unser Gewissen, was Jesus in vollendeter Form ausdrückt vom Reich Gottes, das gegenwärtig ist. Für das jenseitige Leben nach dem Tode brauchen Sie nicht zu sorgen, das wird Gott tun. Die Botschaft, die Jesus uns gab, und das sehen Sie in allen seinen Gleichnissen, liegt in diesem Leben. Unsere Aufgabe kann uns letzten Endes nur durch den Führer bestimmt werden.

Ich habe Sie berufen, um an Sie die gleichen Fragen zu richten, wie an die Herren des Reichs- und Landeskirchenausschusses. Ich habe Sie zu Ausschüssen zusammengestellt und werde Ihnen Gelegenheit geben, in einem Zimmer sich zu unterhalten. Sie müssen sich sagen: du scheidest aus jeder Gruppenbetrachtung aus!

Der Minister schloss mit dem Hinweis darauf, dass an eine Aussprache im Anschluss an seine Worte nicht gedacht sei, wenn auch eine Wortmeldung bereits vorliege. (Dr. Böhm hatte schriftlich schon vor Beginn der Versammlung um das Wort gebeten). Es solltenvieler sofort die Besprechungen in den einzelnen Zimmern beginnen. Dr. Böhm liess sich jedoch nicht beirren, sondern erbat energisch das Wort und begann zugleich folgende Erklärung vorzutragen:

Pfarrer Dr. Böhm:

"Ich danke Ihnen, Herr Minister, im Namen der hier versammelten Glieder der Bekennenden Kirche, ich glaube aber auch, im Namen aller anderen zu sprechen, dafür, dass Sie uns heute hier zusammengerufen haben. Ich danke Ihnen auch für Ihre Ausführungen, die uns der

Ernst der politischen und kirchlichen Lage noch einmal vor Augen gestellt haben. Ich glaube, Ihnen hier die Erklärung geben zu können; dass die Mitglieder der Bekennenden Kirche nach wie vor bereit sind, an einer echten Befriedung der Kirche mitzuwirken, einer Kirche, die Christus unverfälscht unserem Volke verkündet.

Nun ist es so, dass wir hier als Vertreter der verschiedenen Kirchenprovinzen zu der einen Kirche der Altpreussischen Union gehören. Ehe wir daher dem Willen des Herrn Ministers entsprechend in die Besprechung der einzelnen Provinzialausschüsse eintreten, müssen erst eine Reihe von Fragen vorher geklärt werden, die die ganze Kirche angehen. Ich erlaube mir daher, folgende Fragen an den Herrn Minister zu richten:

1. Wir bitten um eine bindende Erklärung über die Aufgaben und Befugnisse des Landeskirchenausschusses und der Provinzialkirchenausschüsse. Es kann uns nicht zugemutet werden, in solche Ausschüsse einzutreten, ehe wir darüber nicht volle Klarheit haben.
2. Es ist uns gerüchtweise zu Ohren gekommen, dass der Herr Reichsminister beabsichtigt, der Bekennenden Kirche die kirchenregimentlichen Befugnisse zu entziehen. Es ist uns bekannt geworden, dass heute morgen das Treuhandkonto des Präses D. Koch auf Veranlassung des Herrn Reichsministers durch die Geheime Staatspolizei gesperrt worden ist. Es liegt weiterhin ein Erlass der Geheimen Staatspolizei vor, der im Einvernehmen mit dem Herrn Minister die evangelische Jugendarbeit abhängig macht von der reichskirchlichen Jugendarbeit des Herrn Zahn und damit die Jugendarbeit der Bekennenden Kirche zerschlägt. Das scheinen erste Massnahmen zu sein auf dem Wege der Bekennenden Kirche die kirchenregimentlichen Befugnisse zu entziehen. Wie erklären, dass wir nach wie vor die Leitung der Bekennenden Kirche als die allein rechtmässige Kirchenleitung ansehen können. Wir haben die Ausschüsse im Anfang verstanden als solche, die nicht regimentliche Befugnisse, sondern nur eine kirchenordnende Tätigkeit ausüben, d.h. dass sie die Aufgabe haben, die seit 1933 entstandenen Unrechtllichkeiten auszuräumen. Ich frage den Herrn Minister, wie weit die bezeichneten Gerüchte zu Recht bestehen.
3. Mit dieser Frage hängt aufs Engste zusammen die andere: Beabsichtigt der Herr Minister, in den altpreussischen Provinzen in Bezug auf die seit 1933 eingesetzten Bischöfe und Pröbste eine ähnliche Regelung durchzuführen, wie in Sachsen, wo durch die im heutigen Reichsgesetzblatt stehende Verordnung der Landesbischof Coch in seine vollen Rechte als Landesbischof wieder eingesetzt worden ist? Wir erklären, dass es uns völlig unmöglich ist, mit Männern, wie z.B. Eckert oder Kessel, die fortgesetzt bekenntniswidrig gehandelt haben, in einer gemeinsamen Kirchenleitung zu sitzen."

Als Dr. Böhm die 4. Frage an den Minister stellen wollte, erhob dieser sich, fiel ihm ins Wort und erklärte: Die Kirchenleitung liegt allein bei den Kirchenausschüssen. Bedingungen lasse ich mir nicht stellen. Wer mitarbeiten will, soll es tun, wer es nicht kann, mag es lassen. Der Staat greift nicht in die innerkirchlichen Dinge ein. Ich dulde unter keinen Umständen eine andere Leitung neben der der Ausschüsse."

Nachdem der Minister gegangen war, erklärte sich der Generalsuperintendent Dr. Eger trotz des Protestes einiger DC bereit, über die Frage 1 Auskunft zu geben. Er verlas darauf eine beabsichtigte Verfügung, die eine Art Geschäftsordnung für die Provinzialkirchenausschüsse darstellte. Nachdem dies zur Kenntnis genommen war, verliessen 14 Geladene trotz der Bitten von Superintendent Zimmermann, nunmehr zu der Besprechung der Provinzialausschüsse zusammenzutreten, den Raum und sammelten sich im Landwehrkasino. Es wurde folgende Erklärung aufgesetzt:

"Die Unterzeichneten sehen sich nicht in der Lage, an einer Besprechung innerhalb der geplanten Provinzialkirchenausschüsse teilzunehmen, ehe nicht die in der Gesamtbesprechung angeschnittenen

grundsätzlichen Fragen durch den Landeskirchenausschuss völlig geklärt sind."

Dies Schreiben wurde mit Unterschriften an den Vorsitzenden des Landeskirchenausschusses, Generalsuperintendent Dr. Eger gesandt.

Darauf erschien Ministerialrat Dr. Stahn, mit dem die Unterzeichner folgende Unterredung hatten:

Zuerst trug Dr. Böhm dem Ministerialrat die drei Fragen vor, deren Beantwortung Vorbedingung einer Mitarbeit in den P.A. sein muss.

Stahn antwortete, man könne den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Die P.A. müssten als "Halskrause" für die Bischöfe wirken, dass ein erträglicher Zustand hergestellt werde. Man müsse begreifen, dass eine solche Beseitigung kirchlich anstössiger Amtsträger, wie wir sie wünschten, politisch nicht möglich sei. Erst müssten auch die P.A. da sein, bevor hier das Mögliche getan werden könne. In ganz unerträglichen Fällen griffe der Minister ein, wie in Nassau-Hessen jetzt, wo Dietrich für zwei Monate - nach seinem letzten Rundschreiben beurlaubt worden sei. - Wenn wir nicht mitarbeiten, - es sei ja verständlich, dass wir nicht in den Ausschüssen mitarbeiten könnten, wenn unter dem Schutz der Ausschüsse die Leitung der Bekennenden Kirche abgebaut würde - so sollten wir doch mithelfen, dass andere verständige Leute in die Ausschüsse kämen. Sie würden doch gebildet. Wenn die Leitung der Bekennenden Kirche von uns aufrecht erhalten würde, würde sie verhindert werden. Es würde dann eine Leidenszeit für die Kirche werden.

Gräber - Anhausen, erklärte, dass dies alles, was Stahn ausgeführt hat, mit aller Deutlichkeit zeige, dass eine einheitliche Kirchenleitung für die Uebergangszeit unmöglich sei. Eine vom Staat, anstatt von der Gemeinde berufene Kirchenleitung sei für uns überhaupt keine. Die Kirchenausschüsse könnten nicht Kirchenleitung sein; sondern nur ein Simultaneum für die Uebergangszeit regeln und ordnen, und dafür ertragen werden. Niemand könne die Kirche im Glauben einigen, der ja nicht jedermanns Ding, sondern Gottes Gnade und Werk sei. Wir wären dafür zur Mitarbeit bereit - es müsste allerdings diese Frage mit unserer Leitung geklärt werden. - Bevor wir in die Provinzialausschüsse gehen könnten, müssten wir wissen, wie der Landeskirchenausschuss die Uebergangsregelung gestalten wolle, und ob er durch Neuwahl der Körperschaften - durch eine wahrhaft kirchliche Wahlordnung die Kirchengewalt in die rechten Hände überzuleiten helfen wolle. Er habe aber noch nichts getan, dies müsse erst programmatisch festgelegt werden - im Gesetzblatt.

Stahn antwortete: eine solche Uebergangszeit als Simultaneum sei erwogen, aber dann abgelehnt worden! Ihm wurde geantwortet, dass dann der ganze Versuch unmöglich sei.

Ehrenpfort wies darauf hin, dass auch uns nicht zugemutet werden könnte, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, d.h. uns aufzulösen, bevor die bekenntnismässige Kirchenordnung garantiert sei. Zunächst sei notwendig die volle Zurücknahme aller Massnahmen der Staatspolizei. Die Kirchenausschüsse dürften nicht Restauration treiben.

\* \* \*

Gleichen Tags, also am 27. November, empfing der Reichsminister gegen 1/8 Uhr abends den gesamten preussischen Brudererrat. In seiner Ansprache, die bereits in den "Basler Nachrichten" vom 3. Dezember, Nr. 332, veröffentlicht wurde, erklärte der Reichskirchenminister, dass er nicht mehr dulde, dass Bruderräte sich anmassen, sich in die inneren Dinge der Kirchen einzumischen. Nicht die Bekennende Kirche, sondern er, der Reichskirchenminister, habe die Ordnung in der Kirche zu bestimmen. Am Schluss seiner Rede erklärte Kerrl: "Ueberlegen Sie sich das noch einmal, es ist der letzte Versuch, den der Staat macht. Nach mir kommt nichts mehr auf diesem Gebiet, das ist sicher. Sie müssen es vor Ihrem Gewissen verantworten, was Sie tun. Nichts in der Welt kann mich hindern, den Weg, den ich für richtig halte, weiter zu Ende zu gehen."

Darauf folgte noch folgende kurze Diskussion:

Pfr. Y.: "Herr Reichsminister! Herr Präses D. Koch kann an dieser Besprechung nicht teilnehmen und hat mich beauftragt, ihn zu vertreten. Ich danke für den Empfang und die Ausführungen. Wenn Sie so eindrucksvoll zum Ausdruck brachten, dass Sie sich Tag und Nacht von dem Gedanken an Deutschland bestimmen lassen, so nehmen wir das ohne viel Worte darüber machen zu wollen auch für unser kirchliches Handeln in Anspruch. Wir sind dabei erfüllt von der Sorge um Volk und Vaterland.

Sie sprachen vom dritten Menschen, der in der Kirche entstehen muss. Das kann nur der Mensch sein, der im Glauben seinem Herrn Christus eigen geworden ist. Dieser Mensch wird nur durch Gottes Wort geschaffen. Auch die Bekenkende Kirche ist nicht von Menschen geschaffen worden, sondern durch das Wort Gottes. Kein Mensch ist im Stande, die neue Kirche zu schaffen. Das kann nur das Wort, und vom Wort her haben wir auch unsern Auftrag zum Handeln. Sie haben auf das Beispiel des Führers hingewiesen, der irren könnte, dem man aber auch im Irrtum folgen müsse. Wir stehen in unserer Kirche auf einem andern Grunde, wir stehen auf dem, der von sich gesagt hat: Ich bin die Wahrheit."

Reichsminister Kerrl : "Warum reden Sie so lange ? Das ist für mich vollständig wertlos."

Pfr. Y.: "Ich stelle fest, dass der Herr Reichsminister das, was wir zu sagen haben, für vollständig wertlos erklärt hat. Da brechen wir die Verhandlungen ab."

Schwerer Schlag gegen die Bekenntniskirche.

-----

E.P.D.

Deutschlands Die staatliche "Befriedigungsaktion" in der evangelischen Kirche droht, eine geradezu dramatische Wendung zu nehmen. Die Verordnungen, die der Kirchenminister erlässt, erinnern lebhaft an die Massnahmen des ehemaligen Ministerialdirektors Dr. Jäger, der dann infolge des Widerstandes, der sich in der Bekenntniskirche erhob, das Feld räumen musste. Wir haben von Anfang an die Ueberzeugung vertreten - und sind deshalb von den deutschchristlichen und verwandten Blättern Deutschlands angegriffen worden - , dass diese staatliche Befriedigungsaktion nur einer Gleichschaltung dem Staate gegenüber gleichkomme, die für die Kirche niemals tragbar sei.

Wie gut das kirchliche Anliegen bei Reichskirchenminister Kerrl aufgehoben ist, ermisst man, wenn man folgende Ausführungen des Ministers liest: "Adolf Hitler gab uns den Glauben wieder, nicht die Schriftgelehrten, die behaupten, wir hätten kein Empfinden. Hitler zeigte uns den wahren Sinn der Religion. Er soll gekommen sein, um uns den Glauben unserer Väter zu rauben! Nein, er ist gekommen, um uns den Glauben unserer Väter zu erneuern und uns zu neuen Menschen zu machen. Redet nur, ihr Schriftgelehrten, ihr solltet die Möglichkeit ergreifen, nun von innen heraus neu geboren zu werden. Ihr solltet erkennen, dass eure Pflicht die gleiche ist wie die des S.A.-Mannes. Sie mögen sich nicht irren: nicht wir haben sie vor eine Schicksalsfrage gestellt, sondern das Schicksal selbst hat angepocht an ihre Tür und ihnen gesagt: sehet, die Stunde ist da, ihr müsst neu werden."

Nach schwerem Ringen ist man in der Bekenntniskirche - oder bekennenden Kirche - zur Ueberzeugung gekommen, dass man um der Kirche willen den von Reichskirchenminister gebildeten Kirchenausschüssen nicht beitreten dürfe. Angehörige der bekennenden Kirche haben dem Kirchenminister bestimmte Fragen vorgelegt, die in völlig ungenügender Weise beantwortet wurden, worauf sie den Ruf des Ministers, den Kirchenausschüssen beizutreten, ablehnten. Wie wir erfahren, steht heute die Bekenntniskirche in ihrer ablehnenden Haltung geschlossen da, nachdem anfänglich die vorläufige Kirchenregierung mit Bischof Marahrens an der Spitze, der Auffassung war, man müsse vorübergehend die Kirchenleitung an die staatlichen Ausschüsse abtreten. Völlig deutlich war jedenfalls der entschlossene Widerstandswille in Preussen, der sich in folgendem Rundbrief des preussischen Rates kund tut: "Die Bekennende Kirche kann zu einem solchen Vorhaben des Staates ihre Hand niemals bieten, sie würde alles verleugnen, was sie vor Gott und der Kirche in den Bekenntnissynoden feierlich von Schrift und Bekenntnis her bezeugt hat. Sie kann von dem ihr aufgetragenen Anspruch, rechtmässige Kirche des Evangeliums zu sein, nicht lassen. Sie kann darum ihre kirchlichen Aufgaben und Arbeiten nicht einem bekenntnislosen staatlichen Kirchenregiment überlassen. Wir erinnern an das Wort der Bekenntnissynode von Augsburg: "Jesus Christus, wahrhaftiger Gott und wahrhaftiger Mensch, ist das Haupt seiner Gemeinde, die sein Leib ist. Darum kann eine bekennende Kirche weder durch Auflösung beseitigt werden noch sonst durch Menschen ihr Ende finden."

Es schien anfänglich, als wollte Reichskirchenminister Kerrl zum Verbot der gesamten bekennenden Kirche schreiten. Nun ist diese Massnahme im letzten Moment verhindert worden, wohl infolge der scharfen Erklärung der englischen Bischöfe gegen die Judenverfolgungen und für die bekennende Kirche. Dafür veröffentlicht das Reichsgesetzblatt eine soeben erlassene Verordnung des Reichskirchenministers, die für die bekennende Kirche die schlimmsten Aussichten eröffnet. Mit dem Erlass Kerrls hört die stillschweigende Duldung auf, die der Staat bisher gegenüber den Konstruktionen der Bekenntniskirche beobachtete; jede weitere Tätigkeit der bekenntniskirchlichen Organe im bisherigen Rahmen wird zu einer illegalen gestempelt. Ein spezieller Katalog der unzulässigen Handlungen erscheint mit der Verordnung. Darin kommen alle wichtigen Akte des Kirchenregiments vor, die bisher von der Bekenntniskirche praktiziert wurden, und zwar: die Besetzung von Pfarrstellen,

die Berufung von geistlichen Hilfskräften, die Prüfung und Ordination von Kandidaten der evangelischen Landeskirchen, die Visitation in den Kirchgemeinden, die Verordnung von Kanzelankündigungen, die Erhebung und Verwaltung von Kirchensteuern und Umlagen, die Ausschreibung von Kollekten und Sammlungen im Zusammenhang mit kirchengemeindlichen Veranstaltungen sowie die Einberufung von Synoden. Weiter droht die Verordnung die Auflösung von Organen kirchlicher Vereinigungen oder Gruppen an, die inskünftig kirchenbehördliche Befugnisse ausüben.

Die Lage ist also so: entweder enthält sich die Bekenntniskirche aller kirchenbehördlichen Anordnungen und gibt damit zu, dass durch das Verbot von Kollekten und Steuern die Kirche der Aushungerung preisgegeben wird, oder sie widersetzt sich der Verordnung und verfällt der Auflösung. Es tritt nicht der Friede in der Kirche ein, sondern die schwersten Zeiten für die Kirche brechen an.

F.